Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Alle Manuskripte gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 2. September	Nr. 1141

Aus der Diplomatie.

Berlin, 2. September. Der Königlich Jugoslawische Gesandte Aleksander Cincar-Markovic ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der österreichische Gesandte Tauschitz hat Berlin am 28. August verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Seemann die Geschäfte der Gesandtschaft.

Der Apostolische Nuntius Monsignor Cesare Orsenigo hat Berlin am 27. August verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Auditor Monsignor Colli die Geschäfte der Nuntiatur.

Die Leistungen der Invalidenversicherung.

Berlin, 1. September. Der Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens unter der Führung Adolf Hitlers, hat sich auch auf die deutsche Sozialversicherung ausgewirkt. Die zunehmende Gesundung des Wirtschaftslebens zeigt sich auf dem Gebiet der Invalidenversicherung vor allem in den wesentlich gestiegenen Beitragseinnahmen.

Infolge dieser günstigen Entwicklung konnte das Reichsversicherungsamt für die Gesundheitsfürsorge der ihm angeschlossenen Versicherten auch für das Jahr 1935 wieder einen Betrag von rund 50 Millionen RM freigeben. Eine von dieser Behörde herausgegebene Broschüre gibt ausführliche Aufschlüsse über die Gesundheitsfürsorge im abgelaufenen Jahr.

Es kommen vor allem die freiwilligen Leistungen in Form der Heilfürsorge in Frage, die der Wiederherstellung der Gesundheit und der Stärkung der Arbeitsfähigkeit dienen. Die Zeit der Senkung dieser Leistungen seit 1930 ist vorüber. Seit 1934 zeigt sich überall ein Wiederaufbau der Fürsorgeleistungen. Die erhöhte Durchführung der eigenen Heil- und Verhütungsfürsorge, die Wiedereröffnung bisher geschlossener Anstalten, die Verbesserung ihrer Einrichtungen und Ausstattungen, die Förderung des Siedlungswesens und Wohnungsbaues und die Unterstützung der freien Wohlfahrtsfürsorge sind die besten Zeugen dieses Aufstiegs.

Die Zahl der Heilbehandlungsfälle in Krankenhäusern und Genesungsheimen, Heilstätten und Bädern die 1933 auf 124 605 gesunken war, ist seitdem wieder auf 153 053 im Jahre 1934 und auf 202 683 im verflossenen Jahre angestiegen. Die Gesamtausgaben für die Durchführung heilfürsorgerischer Maßnahmen beliefen sich im Berichtsjahre auf 54 453 000 RM gegenüber 46 371 000 RM im Jahre 1934 und 41 480 000 RM im Jahre 1933. Es lagen im vergangenen Jahre im ganzen 193 626 Anträge auf Heilbehandlung vor, von denen 118 504 bewilligt wurden.

Von den bewilligten Heilversahren bezogen sich 65 738 Fälle auf Tuberkuloseerkrankungen. Von je 1000 Einwohnern wurde im letzten Jahre 2,63 Personen eine Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung zuteil und von 1000 Vollversicherten 12,9. Von dem Kostenaufwand für abgeschlossene Heilbehandlungen entfielen auf den Kopf eines Versicherten 1935 2,80 RM, und von je 1000 RM Beitragseinnahmen wurden 40,07 RM zur Heilbehandlung verwendet.

Der Bericht schildert weiter, in welcher Weise und mit welchem Ergebnis die Erfolge der Heilbehandlung für die verschiedenen Krankheiten nachgeprüft werden. Eine Uebersicht über die im ganzen Reich verstreuten Heilanstalten und über die nach der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebene gemeinnützige Anlage der Vermögenswerte bilden den Abschluß des Berichts.

Gömbös regt Parteienbesprechung über Wahlreformfrage an.

Budapest, 2. September. Ministerpräsident von Gömbös richtete am Dienstag an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Alexander Sztranyavszky, einen Brief, in dem er unter Hinweis darauf, daß die Parteien des Parlaments, so auch die Regierungspartei, die Wahlreformfrage als aktuell ansehen, eine Besprechung der Parteien über diese Frage als notwendig bezeichnet. Da die gründliche und gewissenhafte Beratung des Wahlrechtsproblems längere Zeit in Anspruch nehme, andererseits rechtzeitig bewerkstelligt werden solle, sei er, der Ministerpräsident, damit einverstanden, daß die Parlamentsparteien ihre Stellungnahme zum Wahlrecht in einer Konferenz der Parteien entwickeln. Sztranyavszky möge als Präsident des Abgeordnetenhauses den Vorsitz in dieser Konferenz übernehmen und ihn, den Ministerpräsidenten, über das Wesen der Besprechungen und über die Wünsche und den Standpunkt der Parteien nach Beendigung der Beratungen unterrichten.

Gömbös erklärte weiter, daß die Besprechungen sich auch auf die sonstigen einschlägigen staatsrechtlichen Fragen, wie die Erweiterung der Befugnisse des Reichsverwesers und die Oberhausreform, erstrecken sollten. Die Inangriffnahme dieser Besprechungen soll nach dem Zusammentreffen des Abgeordnetenhauses erfolgen. Der Stellvertretee des Ministerpräsidenten, Ackerbauminister Daranyi, sowie der Innenminister und der Justizminister seien ersucht worden, an diesen Besprechungen teilzunehmen.

Papadakis Generaldirektor im Unterstaatssekretariat Presse.

Athen, 2. September. Der bisherige Direktor für Pressangelegenheiten im Außenministerium, Papadakis, ist zum Generaldirektor in dem neuen Unterstaatssekretariat für Presse und Fremdenverkehr beim Außenministerium ernannt worden.

Nationaler Feiertag in Albanien.

Tirana, 1. September. In ganz Albanien wurde am Dienstag der achte Jahrestag der Thronbesteigung König Zogu I. festlich begangen. Aus diesem Anlaß fanden nationale Kundgebungen und öffentliche Versammlungen statt, in denen die Dankbarkeit und Anhänglichkeit des albanischen Volkes für König Zogu zum Ausdruck gebracht wurde. — Die Zeitungen veröffentlichen ebenfalls begeisterte Festartikel.

Von der Gordon-Bennett-Wettfahrt.

Warschau, 2. September. Nach einer Meldung aus Moskau ist der Gordon-Bennett-Ballon Zürich am Dienstag in Karelien (Sowjetunion) gelandet.

Moskau, 2. September. Am Dienstag nachmittag ist ein belgischer Ballon, der an dem Gordon-Bennett-Flug teilnimmt, 18 km nordöstlich von Smolensk glatt gelandet. Die Besatzung wurde um Kraftwagen nach Smolensk gebracht.

Moskau, 2. September. Der deutsche Gordon-Bennett-Freiballon „Augsburg" ist am 31. August, 15.58 Uhr, im Gebiet von Keningrad bei der Ortschaft Wolowitz in der Nähe der Station Wytschkowo der Eisenbahn Pskow-Bologoje gelandet.

Fluglinie Prag—Moskau eröffnet.

Prag, 1. September. Am 1. September eröffnete die tschechoslowakische staatliche Aero-Linie in Zusammenarbeit mit der sowjetrussischen Aero-Flot ihre neue Flugstrecke Prag—Uzhorod—Kluz—Jaß—Kiew—Moskau.

Englisch-norwegischer Walfisch-Streit.

London, 2. September. Zwischen England und Norwegen ist es zu einem Streit über den Walfang gekommen, da die norwegischen Seeleute die britischen Walfangschiffe boykottieren. Die englische Regierung hat nun, wie sie mitteilt, beschlossen, die Schonzeit für die Wale aufzuheben. Außerdem sollen britische Seeleute für den Walfang ausgebildet werden, um die britischen Walfangfirmen von der Einstellung norwegischer Seeleute unabhängig zu machen. Die erste britische Walfang-Expedition soll in etwa 10 Tagen in See gehen, obwohl noch den bisherigen Abmachungen die Hauptzeit für den Walfang vom 1. Dezember bis zum 15. März läuft.

Sir Samuel Hoare auf dem Weg nach Palästina.

London, 2. September. Wie aus Malta gemeldet wird, hat sich Sir Samuel Hoare, der zurzeit die britischen Marinestützpunkte und Flotteneinheiten im Mittelmeer besichtigt, an Bord des Kreuzers „Arethusa" nach Haifa eingeschifft. In Malta hatte sich der Marineminister vier Tage lang aufgehalten.

Nahas Pascha auf der Rückreise nach Aegypten.

London, 1. September. Ministerpräsident Nahas Pascha und die übrigen zur Unterzeichnung des englisch-ägyptischen Bündnisvertrages nach London gekommenen Mitglieder der ägyptischen Abordnung haben am Dienstag die Rückreise nach Kairo angetreten.

Ward Price über die Abwehr der bolschewistischen Gefahr.

London, 2. September. Der bekannte englische Journalist Ward Price veröffentlicht in der Daily Mail einen Aufsatz, in dem er ausführt, daß der Kampf zwischen der faschistischen oder nationalsozialistischen und der bolschewistischen Weltanschauung über alle Grenzen hinausreiche und jedes Volk erfaßt habe.

Obwohl der Bolschewismus in Frankreich und Spanien Fortschritte erzielt habe, sei ihm durch die Wiederaufrüstung Deutschlands ein neues und mächtiges Hindernis in Mitteleuropa entgegengestellt worden. Wie Luzifer vor dem Fall wolle Stalin die Mächte der Finsternis mobil machen, aber der deutsche Erzengel Michael bereit sich schnell darauf vor, das Feld zu behaupten. Auf Grund von Erwägungen über die deutsche Landesverteidigung und infolge der antikommunistischen Grundsätze des Nationalsozialismus sei der deutsche Führer zum Wächter Westeuropas gegen den Bolschewismus bestimmt.

Obwohl die Verstärkung der sowjetrussischen Rüstungen von den übrigen westeuropäischen Mächten kaum zur Kenntnis genommen worden sei, so sei sie nach deutscher Ansicht doch bedrohlich. Die Tschechoslowakei habe den ersten Schritt zur Schaffung einer neuen Gruppierung in Mitteleuropa ergriffen, indem sie ein Militärbündnis mit der Sowjetunion abgeschlossen und es dadurch den Sowjetrussen ermöglicht habe, sich dem Herzen Deutschlands zu nähern. Sowjetrussische Militärflugplätze seien auf tschechischem Gebiet errichtet worden und sowjetrussische Militärflieger könnten dadurch Berlin und München in zwei Stunden erreichen. Rumänien und Polen seien Frankreichs Verbündete, um Sowjetrußland mit der Tschechoslowakei zu verbinden.

Ward Price verweist auf die bitteren Erfahrungen, die Ungarn mit dem Bolschewismus unter Bela Khun gemacht hat, und spricht die Ueberzeugung aus, daß auch Oesterreich, Italien und Polen auf Deutschlands Seite stehen würden. Die Stellungnahme Frankreichs sei von der Entwicklung des zur Zeit in Gang befindlichen sozialen Kampfes und von der tatsächlichen Wirksamkeit des franko-sowjetrussischen Paktes im Kriegsfalle abhängig. England, so schließt der Verfasser, müsse „im Falle eines Konflikts" zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus neutral bleiben.

Englische Gewerkschaften gegen kommunistische Streikhetze.

London, 2. September. Die angedrohte Streikabstimmung in der englischen Flugzeugindustrie hat zu scharfen Gegensätzen zwischen den Gewerkschaften und dem nicht anerkannten Arbeiteraussschuß, der die Arbeiter aller Flugzeugfabriken zum Streik aufgefordert hat, geführt. Die Gewerkschaften erklären, daß sie sich den Arbeitgebern gegenüber verpflichtet hätten, vor Beginn des nächsten Jahres keine neue Lohnforderungen zu stellen. Bei der Streikabstimmung handle es sich um einen kommunistischen Anschlag, Uneinigkeit zwischen den Arbeitern und den Gewerkschaften zu stiften.

„Daily Herald" von Sowjetrußland enttäuscht.

London, 2. September. Das Arbeiterblatt Daily Herald gibt in einem Leitaufsatz erneut seiner bitteren Enttäuschung über die Entwicklung in Sowjetrußland Ausdruck.

Die englische Arbeiterbewegung habe sich stets, so heißt es, für die Herstellung besserer Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland eingesetzt, wobei sie von der Annahme ausgegangen sei, daß Sowjetrußland sobald wie möglich dem Völkerbund beitreten und der Diktatur ein Ende machen und die Grundsätze der Freiheit, Kameradschaft und Gleichheit verwirklichen würde. Jetzt zeige sich, daß diese Erwartungen unberechtigt und die Versprechungen einer neuen Verfassung lediglich leere Vorspiegelungen gewesen seien. Die sogenannte Säuberungsaktion, die zur Zeit im Gange sei, sei weiter nichts als eine Warnung an ganz Sowjetrußland, daß eine Opposition gegen Stalin das schlimmste Verbrechen sei. Diese Entwicklung sei äußerst enttäuschend und beunruhigend für die wärmsten Verteidiger des Sowjetregimes. Ihre Hoffnungen seien zerstört worden.

„Die Ehre Frankreichs steht auf dem Spiel."

Paris, 1. September. Journal des Débats beschäftigt sich mit der Ankunft der Madrider Volksfront-Gesandten in Paris, die, wie gemeldet, am Montag unter Führung der bekannten Kommunistin „Pastionaria" von Barcelona kommend in der französischen Hauptstadt eingetroffen sind. Ihr Ziel sei, wie das Blatt behauptet, Waffen, Munition und Flugzeuge zu erhalten und technische Fachleute für dieses Kriegsmaterial zu finden. Sie hätten die Absicht, sei es mit Blum, sei es mit einem anderen Mitglied der Regierung, zu verhandeln.

Selbst wenn sie nicht empfangen würden, so fährt das Blatt fort, sei ihre Anwesenheit auf französischem Boden unzulässig. Die französische Regierung habe offiziell die Lieferung von Kriegsmaterial nach Spanien untersagt. Wie dürfe man dann aber eine Abordnung auf französischem Boden dulden, die lediglich zum Zwecke der getroffenen Maßnahmen abzuändern oder einzuschränken? Man dürfe in dieser traurigen Angelegenheit wahrhaft keinen Fehler mehr begehen, denn die Ehre Frankreichs stehe auf dem Spiel.

3 Millionen Franken für die spanischen Marxisten.

Paris, 2. September. Die kommunistische „Humanite" teilt mit, daß die Geldsammlung für die Unterstützung der spanischen Marxisten bereits drei Millionen Franken erreicht habe. Außerdem seien für das Flugzeug, das von dem „Jungen Frankreich" den roten spanischen Jugendverbänden zum Geschenk gemacht worden soll, über 34 000 Franken eingegangen.

Ein Augenzeugenbericht aus Barcelona.

Paris, 2. September. Das Echo de Paris veröffentlicht die Schilderung eines französischen Berichterstatters einer scharf linksgerichteten Pariser Zeitung über die Zustände in Barcelona. Diese Schilderung ist umso bemerkenswerter, als der Augenzeuge, der sich zwei Wochen in Barcelona aufgehalten hat, nicht der Voreingenommenheit beschuldigt werden kann.

Er habe den Eindruck, so erklärte er, als ob er aus der Hölle zurückgekehrt sei. Man setzte tatsächlich sein Leben aufs Spiel, wenn man gewisse Stadtviertel von Barcelona aufsuche. Er und seine Berufskollegen hätten häufig in aller Hast ihr Hotel wechseln müssen, um den Haussuchungen durch unbefugte Marxisten zu entgehen. Um nicht verdächtig zu erscheinen, seien sie gezwungen gewesen, alte, abgetragene Kleidungsstücke anzulegen.

Es gebe in Barcelona keine Frau mehr, die es wage, mit einem Hut auf dem Kopf auf die Straße zu gehen. Tag und Nacht fänden Erschießungen statt, und der Friedhof von Barcelona nehme am Tage etwa 40 Opfer dieser Anschläge auf.

Die Anarchisten und Kommunisten verwahrten sich dagegen, daß die französischen Linksblätter Meldungen aus nationalistischer Quelle übernähmen, ebenso wie sie jede Kritik ihrer Handlungen ablehnten. Die „Humanite" sei in den letzten 14 Tagen aus diesem Grunde einmal beschlagnahmt worden und der „Populaire" drei- oder viermal. Lediglich der „Oeuvre" und „Peuple" seien noch nicht beschlagnahmt worden. Die Regierung von Barcelona fümmere sich überhaupt nicht um die Anweisungen, die sie aus Madrid erhalte, und die Anarchisten und Kommunisten täten das gleiche hinsichtlich der Anweisungen der katalanischen Regierung.

Der amerikanische Staatshaushalt für 1936/37.

Washington, 2. September. In der vom Schatzamt am Dienstag ausgegebenen überprüften Haushaltsübersicht schätzt Präsident Roosevelt die Gesamteinnahmen des am 30. Juni 1937 endenden Haushaltsjahres auf 5 665 839 000 Dollar, eingedrigten 410 000 000 Dollar aus Steuereinnahmen aus dem neuen Steuergesetz. Die voraussichtlichen Gesamteinnahmen des ersten Halbjahres würden gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,5 Milliarden höher sein. Die Gesamtausgaben des laufenden Haushaltsjahres dürften sich auf 7 762 835 000 Dollar belaufen. Darin sind auch 560 000 000 Dollar für weitere Vergütungen an die Veteranen enthalten. Die Nothilfeausgabe dürften voraussichtlich 1,835 Milliarden betragen.

Roosevelt schätzt den Bruttofehlbetrag im laufenden Haushaltsjahr auf 2 096 996 000 Dollar und den reinen Fehlbetrag nach Abzug von 580 000 000 Dollar für gesetzlich vorgeschriebene Schuldentilgungszwecke auf 1 516 996 000 Dollar. Die Staatsschuld dürfte gegen Ende des laufenden Haushaltsjahres, da der Generalfonds des Schatzamtes um 1,1 Milliarden gekürzt werden solle, um 410 Millionen Dollar auf 34 188 543 000 Dollar anwachsen.

Roosevelt erklärte, er erwarte während der nächsten Monate eine weitere wesentliche Abnahme der Arbeitslosigkeit. Sollten weitere Bewilligungen für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und für Zwecke der Dürre-Nothilfe erforderlich sein, so würden sie weniger als eine halbe Milliarde betragen.

Der Tschengtu-Zwischenfall.

Tokio, 1. September. Das Marineministerium hat bekannt, daß angesichts der ungenügenden Verantwortlichkeit und Verzögerung Nankings im Tschengtu-Fall das dritte schon nach dem Süden bewaffnete Geschwader vorläufig vor Schanghai und dem Jangtsekiang in Bereitschaft zu bleiben habe.

In Marinekreisen will man das Außenministerium zu einer positiven Stellungnahme drängen, und man fordert eine grundsätzliche Lösung des ernsten Falles, ferner die Ausrottung der antijapanischen Bewegung, die Aufklärung der Kuomintang und schließlich die Unterwerfung Nankings unter die japanischen Forderungen, um die chinesisch-japanischen Beziehungen in Ordnung zu bringen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin,